

LISA

>> hat was zu sagen

Liste 5



zur SR-Wahl vom 16. bis 20. Juni 2008 an der Uni Bremen

Und wieder steht die Wahl zum Studierendenrat an, dessen Mehrheit dann für ein weiteres Jahr die Zusammensetzung des AStA bestimmt. Der ganze Campus geht in Plakaten, die Mensa in Flugblättern unter. Das ist schon eine skurrile Situation. Niemals sonst im Jahr gibt es so viel hochschulpolitisches Engagement, wie in den zwei Wochen vor der Wahl. Niemals sonst stehen so viele Leute so früh auf, um noch vor 8:15 Flugblätter in Veranstaltungsräumen zu platzieren. Da erscheinen auf einmal Menschen, die den Rest des Jahres an unserer Uni überhaupt nicht politisch aktiv sind. Solche, die das ganze Jahr immer nur darüber meckern und lästern, was andere machen, oder gar solche, die sonst nur in ihren Parteikreisen verkehren und denken.

Auf all diese Menschen treffen wir, wenn auch wir zur Wahlzeit Plakate kleben und Flugblätter verteilen. Wir denken uns oft dabei: „Wenn so viele Studis das ganze Jahr lang für ihre Interessen politisch aktiv wären, Scheiße, was könnten wir da alles erreichen!“ Aber wenn sie die Wahl nicht gewinnen, verschwinden all diese Menschen wieder für ein Jahr in der Versenkung. Diese praktische Erfahrung, dass es im Wahlkampf nicht um die politische Sache, sondern um Macht und Posten geht, ist es, weshalb uns der Wahlkampf ankozelt.

Alle tüfteln Strategien aus, wie sie sich bei der Masse der Studis am besten anbieten können. Mehr als um die politische Sache, geht es darum, sich als die Besten und Coolsten zu verkaufen oder sogar noch so zu tun, als würde man sich den ganz dringenden Problemen jedes Einzelnen annehmen wollen und können. Das ekelt uns ziemlich an, denn es sind Wahlversprechen im klassischen Sinne. Sie sollen einer emotionalen Entscheidung den Vorrang vor einer rationalen geben. Aber wer glaubt denn schon ernsthaft, dass 9 gewählte AStA-Hanseln in ihrer Freizeit mal eben die dringlichsten studentischen Probleme lösen. Das geht nicht. Erstens sind 9 Leute einfach zu wenige und zweitens kennen die gar nicht die Probleme von 20.000 Studis. Deshalb finden wir Wahlen scheiße. Weil sie darüber hinwegtäuschen, wie wirkliche Problemlösungen und Verbesserungen erreicht werden können. Ganz viele von ganz wenigen vertreten zu lassen, bringt es einfach nicht.

Dennoch treten wir zur Wahl an, nehmen an diesem Prinzip teil, ohne darin aufgehen zu wollen. Denn wir wollen nicht stellvertretend für euch sprechen oder handeln, sondern gemeinsam mit euch. Erst das verleiht uns allen politisches Gewicht. Und wenn dabei nicht bloß 9 gewählte VertreterInnen, sondern möglichst viele Studis auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur des AStA zurückgreifen können, dann hilft das ungemein. Deshalb treten wir zur Wahl an und machen Wahlkampf. Ansonsten gibt es nämlich auch schönere Dinge, die wir in unserer Freizeit tun könnten.

INHALT <<

SELBSTVERSTÄNDNIS

>> 4

HOCHSCHULPOLITIK

- Freie Bildung >> 6
- Studiengebühren >> 8
- Kürzungen >> 10
- Konstruktive Mitarbeit >> 12
- Radikale Opposition >> 14
- Studierbarkeit >> 15
- Bachelor und Master >> 16
- Stufen >> 17
- Vernetzung >> 18
- Politisches Mandat >> 19
- Überwachung >> 20

SOZIALES

- Soziale Lage >> 22
- Service im AStA >> 24
- Kinderland* >> 24
- Semesterticket* >> 25
- BAFöG-, Sozial- und Rechtsberatung* >> 25
- Darüber hinaus* >> 26
- Studentenwerk >> 27
- Wohnheime* >> 28
- Mensa und Cafete* >> 29

KULTUR

>> 30

>> Selbstverständnis

LiSA ist die Liste der StudiengangsAktiven und ein breiter und egalitärer Zusammenschluss von Studierenden. Unsere gemeinsame Motivation ist es, die bestehenden universitären und gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und die verbliebenen Räume für ein frei bestimmtes Leben und Lernen zu verteidigen und neue zu erkämpfen. Es geht dabei nicht darum, engstirnig eigene Ideen umzusetzen, sondern möglichst Allen die Chance zu geben, aktiv zu werden und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das heißt, wir wollen den bestehenden Sachzwängen entgegenwirken, auf anti-emanzipatorische Strukturen und Handlungen hinweisen und sie nach Möglichkeiten aufbrechen.

LiSA sieht den AStA als eine starre und uns Studierenden vorgegebene Struktur, die schnell den Eindruck eines unüberschaubaren Behördenapparates erweckt, bei dem letztendlich doch alle Fäden bei einem allmächtigen Vorstand zusammenlaufen. Doch das muss nicht so sein!

Wir wollen keine abgehobene Institution, in der abgeschottete StellvertreterInnen-Politik betrieben wird. Wir wollen keine Hierarchien oder unnötige Bürokratie. Wir wollen auch nicht, dass ParteikarrieristInnen, die sich ihrer eigenen Partei weit mehr verantwortlich fühlen als ihren KommilitonInnen, den AStA zu ihren gesammelten Posten im Lebenslauf addieren und ihn so als Karrieresprungbrett missbrauchen. Wir wollen uns engagieren, und diese Möglichkeit auch allen anderen Studierenden bieten. Dazu brauchen wir einen offenen AStA, der jede/n, ob bereits aktiv oder noch nicht, zu Mitarbeit und eigener Aktivität auffordert, dafür Ansatzpunkte bietet und unabhängige Projekte schnell und unkompliziert unterstützt. Solch ein AStA kann nur jenseits von Parteipolitik funktionieren.

LiSA steht für selbstständige Partizipation. Es ist uns wichtig, nicht nur eigene Ideen umzusetzen, sondern allen Studierenden die Möglichkeit zu geben aktiv zu werden und sich einzubringen. Dafür gibt es seit vier Jahren mit uns im AStA immer offene Treffen, offene Türen und offene Ohren. Verkrustete und verschlossene Strukturen werden dabei konsequent vermieden und die Transparenz soweit es geht gefördert. Ein Weg, dies zu erreichen ist die in den letzten vier Jahren

angestrebte Projektarbeit im „AStA der Projekte“. Wer aktiv werden möchte, soll auf der AStA-Etage darin unterstützt werden. Wir wollen nicht Eure Ideen für Euch umsetzen, sondern dies gemeinsam mit Euch tun!

LiSA ist gegen eine Uni, in der imatrikuliert sein heißt dirigiert, reglementiert, eingepfercht, belehrt, gepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert und kommandiert zu werden.

LiSA sieht Perspektiven. Nach der Umsetzung von HEP V werden auch mit Rot - Grün weitere Kürzungen ins Haus stehen und zu einer weiteren Verschlechterung der Lehre führen. Die unkoordinierte Einführung von BA/MA und die straff geplanten Semester machen vielen das Leben zusätzlich schwer und lassen kaum Raum für persönliche Entwicklung. Die zunehmende Unmöglichkeit, neben dem Studium zu Jobben, treibt mittels Bildungskredit in die Verschuldung, die Suche nach dem perfektem Lebenslauf in die Psychologisch Therapeutische Beratungsstelle, deren Mitarbeiter jetzt schon auf dem Zahnfleisch gehen. Zu allem Überfluss wird nun auf Seiten der Landesregierung und der Unileitung überlegt, die Universität in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln. So kann sich das Land klammheimlich aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung ziehen und die Uni den profitorientierten Maßstäben der Wirtschaft überlassen, unter denen kein an den Bedürfnissen der Menschen orientierter Erkenntnisgewinn stattfinden kann.

Diese Verhältnisse und Entwicklungen gehören kritisiert und bekämpft, wozu Alternativen entworfen und praktisch umgesetzt werden müssen. Wenn Ihr einen AStA wollt, der sich für Euch einsetzt, mit Euch Aktionen macht, oder Euch dabei unterstützt, der kritisch und unabhängig ist, dann wählt Liste 5.

>> FREIE BILDUNG

Jeden Tag müssen wir am eigenen Leibe erfahren, dass Seminare überfüllt sind und die Verwaltung überfordert ist - die bereitgestellten Mittel reichen einfach nicht, um die Anforderungen bewältigen zu können. Jeden Tag hören wir von Leuten, die sich aufgrund von Geldsorgen für eine Ausbildung und gegen ein Studium entschieden haben. Jeden Tag hören wir von schlechten Seminaren, in denen langweilige Texte in langweiligen Referaten reproduziert werden, da Prüfungsleistungen erbracht werden müssen.

Und woran liegt das? Das Studium ist in den vergangenen 10 Jahren durch die Einführung der BA/MA-Strukturen extrem verschult worden, es wird zunehmend kostenpflichtig (Studien- und Verwaltungsgebühren), die öffentlichen Ausgaben werden zurückgefahren und nicht selten durch private Mittel ersetzt. Der neueste „Trend“ ist dabei die Transformation von Universitäten in Stiftungen, in denen Wirtschaftsvertreter die „Exzellenzbereiche“ bestimmen, alles andere darf vergessen werden. Dahinter steht ein Bildungsideal, dass auf die Schaffung von schnell verfügbarem und einsetzbarem „Humankapital“ basiert.

Wir sollen funktionieren, alles was uns vorgesetzt wird schlucken und nur den Evaluationsbogen zur Kritik nutzen. Aspekte wie das Interesse an einem Sachverhalt, die persönliche Entwicklung oder auch der Kinderwunsch während des Studiums nehmen immer weniger Platz ein, da sie etwas benötigen, dass in einer ökonomisch determinierten Welt nicht vorgesehen ist: Freie Verfügung über die eigene Zeit und Räume, in denen man seinen Interessen nachgehen kann. Diese Räume sind nicht nur als Ort, sondern auch als inhaltliche Dimension zu begreifen, als Denkraum mit Platz für eigene Gedanken sozusagen. So könnte eine Auseinandersetzung mit den eigenen Ideen und Erfahrungen sowie deren Austausch mit anderen statt finden. Prozesse würden möglich, die sich an der Erkenntnis orientieren und den Beteiligten mehr bieten, als das bloße Ansammeln von Wissen und dem Erwerb marktrelevanter praktischer Fähigkeiten.

Doch leider sieht die Realität so aus: Wir hetzen von einem Pflichttermin zum nächsten, verlieren über die ganze Leistungserbringung unsere eigentlichen

Fragen aus den Augen und gehen nebenbei noch unterbezahlter Arbeit nach. Solch einen Zustand wollen wir aber nicht Studium schimpfen und einen Ort, der so ein Verhalten von uns verlangt, auch nicht Universität.

LiSA will sich dagegen für mehr Freiräume im Studium und in der Universität und gegen jede Form von Ökonomisierung einsetzen. Denn Bildung ist für uns die Entwicklung eigener Meinungen auf der Grundlage von frei zugänglichen Informationen. Notwendig ist deshalb ein Ort, der frei ist von äußeren Zwängen; ein Ort, an dem die ökonomische und soziale Situation des Einzelnen keine Bedeutung hat; ein Ort wo der gemeinsame Wunsch nach kritischer wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit sich selbst und seinem gesellschaftlichen Umfeld im Vordergrund steht und der von Gleichberechtigung und freier Meinungsäußerung geprägt ist. Nur in solch einem Umfeld ist Wissenschaft möglich, die die Aufgabe wahrnimmt, die Gesellschaft und bestehendes Wissen kritisch zu hinterfragen und so neue Erkenntnisse und Lösungen erzeugt. Unsere derzeitige Universität ist von diesem Anspruch jedoch weit entfernt. Gerade deswegen kämpfen wir für Freie Bildung und ein selbst bestimmtes Leben.

>> STUDIENGEBÜHREN

Das deutsche Bildungssystem gilt als eines der selektivsten der Welt. Dennoch wurden in einigen Bundesländern seit 2003 Studiengebühren eingeführt, die gerade Menschen mit wenig Geld von einem Studium abhalten. Diejenigen, die zukünftig noch studieren können, werden sich dreimal überlegen, welchen Studiengang sie wählen. Der Konformitätsdruck ist dabei riesig, denn schließlich muss sich die Auswahl des Studiengangs später auf dem Arbeitsmarkt bezahlt machen. Der gewünschte "Steuerungseffekt" ist nicht eingetreten. Es sei denn, sinkende Studienanfängerzahlen gehören unausgesprochen dazu, denn dies ist ein drastisch zu beobachtender Effekt. Gebühren tragen so ganz erheblich dazu bei, dass wir immer weniger von dem machen können, was wir wollen und immer mehr von dem machen müssen, was uns in dieser Welt die eigene materielle Existenz sichert.

Seit dem WS 06/07 müssen die ersten Bremer Studierenden Studiengebühren zahlen. 500 € zur Strafe dafür, dass sie nicht innerhalb von 14 Semestern fertig geworden sind. 500 € Strafe dafür, dass sie ihre Zeit mit Jobben verbringen mussten; Strafe dafür, dass sie ein Kind erzogen haben; Strafe dafür, dass die Uni ihnen ihre Pflichtveranstaltungen gar nicht erst angeboten hat. Oder aber auch 500 € Strafe dafür, dass sie im falschen Bundesland leben. Nur Bremer "Landeskinder" dürften überhaupt die 14 Semester studieren, ohne zu zahlen, wenn es nach der Landesregierung ginge.

In seiner besonderen Form des Landeskindermodells sind die Bremer Studiengebühren jedoch sogar Grundgesetzwidrig. Kein Bürger darf aufgrund seines Wohnorts diskriminiert werden, genau hiergegen verstößt die Bremer Politik. LiSA und andere im AStA haben alle Studierenden, die gegen Studiengebühren geklagt haben unterstützt und dafür gesorgt, dass der AStA die Kosten übernimmt. Denn der Kampf gegen Studiengebühren ist eines unserer grundlegenden gemeinsamen Interessen. Mit Erfolg: die Landeskinderregelung ist gerichtlich ausgesetzt. Bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung muss niemand aufgrund des Wohnsitzes zahlen. Da aber zumindest Langzeitgebühren auch in Bremen gezahlt werden müssen, haben wir uns in der Vergangenheit stark darum bemüht, möglichst

umfangreiche Ausnahmeregelungen durchzusetzen. Von diesen Regelungen haben bisher weit über 1000 Studierende profitiert.

Grundsätzlich glauben wir aber, dass Studiengebühren der falsche Ansatz sind, um die Finanzierungsprobleme der Universitäten zu lösen. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigt, dass der Staat in gleichem Maße Steuermittel aus der Finanzierung von Hochschulen nimmt, wie durch andere Quellen (Studiengebühren und Drittmittel) herangezogen werden, wobei sich die Qualität der Lehre nicht wirklich gebessert hat. Mit jedem durch Studiengebühren finanzierten Tutorium oder Drittmittel-basierten Forschungsprojekt kommen wir einer Privatisierung des Hochschulwesens einen Schritt näher. Es gibt zweifelsohne Menschen und Unternehmen mit viel Geld und manche von ihnen wollen dieses in das Bildungssystem stecken. Dafür verlangen sie jedoch auch eine Gegenleistung (sie kaufen sich also ein). Mit der Investition ins Bildungswesen ist auch immer eine Einflussnahme verbunden, die sich unserer Ansicht nach nicht mit freien und unabhängigen Universitäten verbinden lässt. Daher dürfen diese Gelder nicht zur Finanzierung genutzt werden! Statt dessen könnte ja mal die Vermögens- und die Unternehmenssteuer erhöht werden, um die Kosten des Hochschulwesens zu decken.

Weil wir Studiengebühren kategorisch ablehnen, halten wir auch nichts von ihrer Verteilung. Diese kann in keiner Weise die sozial selektive Erhebung von Gebühren zu einer gerechten Sache verkehren. Aus etwas falschen kann nichts richtiges werden. Wir wollen uns d.h. als AStA nicht an der Verwendung der in Bremen gezahlten Langzeitgebühren beteiligen und wie in der Vergangenheit gemeinsam mit der Mehrheit der Stugen dazu aufrufen, dies ebenfalls nicht zu tun.

LiSA lehnt Studiengebühren - egal in welcher Form kategorisch ab und wird weiter Alles versuchen, um ihre Einführung rückgängig zu machen und eine weitere Ausdehnung zu verhindern!

>> KÜRZUNGEN

Seit dem Jahr 2005 ist die Universität mit den weitestgehenden Kürzungen seit ihrer Gründung konfrontiert. Es geht dabei um eine Dezimierung des Haushaltes um 25%, was einen massiven Studiengangs- und Stellenabbau zu Folge hat. Der Akademische Senat (AS) und die Unileitung haben diese Kürzungsvorgaben in der Vergangenheit bereitwillig forciert, weil sie damit die universitären Entscheidungsautonomie sichern wollten. In keiner Weise wurde der Versuch auf Seiten der Unileitung unternommen, die Kürzungen abzuwenden. Zur Umsetzung der Kürzungen wurde von Gremien der Universität der Hochschulentwicklungsplan 5 (HEP 5) entworfen, in dem die zu kürzenden Bereiche festgelegt wurden. Als Kriterien dienten der ökonomische Wert der Studiengänge, gemessen per Drittmiteleinwerbung, die Standortnützlichkeit und das Abschneiden in Rankings. Die gesellschaftliche Relevanz oder gar das Interesse der Studierenden spielten dabei keine Rolle. Folglich sollte es den Studiengängen Sport, Chemie, Behindertenpädagogik, Erwachsenenbildung und Musik an den Kragen gehen und die allgemeine Personalausstattung radikal ausgedünnt werden.

LiSA hat sich von Anfang an gegen diese Pläne zur Zerstörung der Universität ausgesprochen. Vor allem dagegen, dass die Uni die Kürzungen unter so fadenscheinigen Begründungen wie der Wahrung der eigenen Autonomie selbst umsetzt. Unter dem Eindruck, dass die universitären Gremien sich nicht gegen ihre eigene Zerstörung wehren, fand der Protest gegen den HEP 5 außerhalb von diesen ohnehin undemokratischen Vertretungsstrukturen statt (siehe „Konstruktive Mitarbeit“). Im Mai '06, Jan. '07 und im Januar und Februar '08 verhinderten Studierende, dass der Akademische Senat (AS) die Umsetzung der Kürzungen beschließt konnte. Im Frühjahr '07 gab das Rektorat augenscheinlich dem inneruniversitären Druck nach, schwenkte um und hängte sich kurzfristig an die breite Protestbewegung gegen den HEP 5. Kurz darauf verfolgte es aber wieder seine Umsetzungspolitik – die Semesterferien hatten die Protestbewegung zum Erliegen gebracht. Daher wurde auch die praktische Umsetzung der Kürzungen behindert: im Winter '07 wurde das Verwaltungsgebäude für zwei Tage besetzt. Dass die Mehrheit der Universität gegen den HEP 5 war, zeigten Beschlüsse von zwei uniweiten Vollversammlungen, die sich klar gegen die Umsetzung aussprachen.

Dank des Protestes verschob sich die Umsetzung von HEP 5 um drei Jahre. Viele Leute konnten in der so gewonnenen Zeit ihr Studium abschließen oder sich rechtzeitig Alternativen schaffen. Außerdem konnte dem Land ein weiterer „Brotkrumen“ von 15 Millionen (welche sich alle Bremer Hochschulen teilen müssen und was angesichts von Kürzungen in Höhe von 100 Mio nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist) abgerungen werden und wesentlich mehr Studiengängen bleiben bestehen. Wie es um die Selbstverwaltung der Universität bestellt ist, zeigt der Ausgang dieses Trauerspiels: Das Rektorat setzte den HEP 5 am 04. April '08 per Rektoratsentscheidung durch. So wurde der Kürzungsplan mit allen seinen Konsequenzen Realität und erhielt nicht einmal die Pseudolegitimation durch den AS.

Aus dem Protest gegen HEP 5 nehmen wir die Erfahrung mit, dass Widerstand gegen Kürzungen oder andere Sachverhalte auch außerhalb der Gremien sinn- und wirkungsvoll ist. Vor allem dann, wenn die „Ständeinteressen“ anderer Statusgruppen betroffen sind. Bei dem normalen Weg durch die Gremien der Universität können Interessen anderer Statusgruppen strukturell nur unterliegen, da die Mehrheitsverhältnisse immer zu Gunsten der Profs festgelegt sind. Dies haben wir auch im Protest gegen den HEP 5 zu spüren bekommen. Konflikte dieser Art gibt es immer noch und wird es auch weiterhin in Zukunft geben.

Wir haben ein Problem damit, uns hinter Gremien zu verstecken und Politik im Hinterzimmer zu betreiben. Egal ob es um den zukünftigen Kürzungsplan HEP 6, die Umwandlung der Uni in eine Stiftungsuniversität oder die Studierbarkeit unter BA/MA-Bedingungen geht: Wir wollen uns einmischen und für studentische Interessen kämpfen! Dieser Widerstand wird auch außerhalb der Gremien stattfinden, denn wir wollen den Druck auf die Entscheidungsträger aufrechterhalten und weiterhin allen Interessierten und Betroffenen die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen. Das Aktivenplenum als Ort des Austausches und der Aktion wollen wir daher weiterhin aufrechterhalten. So wird LiSA auch in Zukunft Widerstand gegen „Spar-, Exzellenz- und Profipläne“ von Politik und Universitätsleitung leisten. Die Uni soll nicht unter das Diktat von Sparzwang und ökonomischer Verwertbarkeit fallen, deren Auswirkungen bei den Studierenden am gravierendsten sind.

>> KONSTRUKTIVE MITARBEIT

„Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder“ bestimmt das bundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. Eine Universität ist also demokratisch aufgebaut. Super Sache. Man redet mit allen Beteiligten, findet die richtige Entscheidung und setzt sie um. Manchmal geht das. Auf Studiengangsebene zum Beispiel, wenn man weiß, dass alle das Gleiche wollen. Aber schon in Fachbereichsräten und gar erst im Akademischen Senat (AS), dem höchsten universitären Entscheidungsgremium wird das schwierig.

Als vor drei Jahren der Kürzungsplan „HGP 4“ (Hochschulgesamtplan 4) verkündet wurde, dachten wir, dass ja eigentlich niemand an der Uni mit diesem einverstanden sein könne. Als wir dann das erste Mal an einer AS-Sitzung teilnahmen, dachten wir, dass es zu einer allgemeinen Ablehnung dieser Pläne kommen würde, da Studiengänge gestrichen und die Uni an den Rand der Existenzfähigkeit gekürzt werden sollte... Aber da waren eine ganze Menge Leute von der Uni, die sagten: „Wir müssen uns daran beteiligen, um die Kürzungen wenigstens selbst zu organisieren.“ Sogar manche Studierenden beteiligten sich an der Umsetzung des HGP 4 und halfen, einen universitären Kürzungsplan, den „HEP 5“, zu formulieren. Das hatte den Vorteil, dass die Kürzungen nun als von allen Statusgruppen erarbeitet und akzeptiert dargestellt werden konnten.

Da haben wir begriffen, dass es bei 23.000 Menschen an unserer Uni viele Gruppen mit unterschiedlichen Interessen gibt. Die ProfessorInnen wollen forschen, die Studierenden wollen lernen und verstehen, und der Rektor will vor allem Elite sein. Nur um mal drei Interessengruppen, die wir kennen gelernt haben, zu benennen.

Forschen aber zum Beispiel verschlingt viel Geld und die Lehre behindert dabei eher. Deshalb neigen viele ProfessorInnen dazu, allgemeine Studiengebühren zu begrüßen oder „schlechte“ Studiengänge bereitwillig zu opfern. Denn diese sorgen für wenig Renomé oder Drittmittel. Wir haben das nie verstanden und viel mit den AS-Mitgliedern, dem Rektorat, der Uni-Verwaltung und anderen Studierenden diskutiert. Aber wenn abgestimmt wurde, hatten die Profs jedes Mal die

Mehrheit. Sie haben dem Gesetz nach nämlich immer die Mehrheit. ProfessorInnen haben in allen entscheidenden Uni-Gremien mindestens 51 % der Stimmen. Studierende hingegen haben die Pflicht, bei Abstimmungen, die sie ganz konkret betreffen, immer verlieren zu müssen. Dieses „Zensuswahlrecht“, dass den verschiedenen „Ständen“ unterschiedliches Stimmrecht gibt, wurde in Deutschland (z.B. Preussen) zuletzt im 19. Jahrhundert verwendet. Mit unserem Demokratieverständnis hat diese Ordnung nichts zu tun.

Deshalb ist Gremienarbeit nur bis zu einem bestimmten Punkt sinnvoll, nämlich bis man merkt, dass man gegen eine strukturell übermächtige Wand aus anderen Interessen rennt. Diesen Moment zu erkennen ist wichtig, denn sonst holt man sich Beulen, ohne sein Ziel zu erreichen. Das frustriert und demotiviert alle, die weiter aktiv für studentische Interessen streiten.

Wenn es eine demokratische Legitimation für Entscheidungen an der Universität gibt, dann ist es die durch eine Vollversammlung herbeigeführte. Zu der Frage „Kürzungsplan ja oder nein?“ gab es zwei universitäre Vollversammlungen, auf denen sich mehrere tausend Menschen gegen die Umsetzung des HGP 4 aussprachen. Daher konnten wir die Versuche des Rektorats, den HEP 5 umzusetzen, nicht verstehen. Entsprechende Beschlüsse des AS oder auch die praktische Umsetzung im Rektorat haben wir nach Kräften verhindert. Leider nur mit bedingtem Erfolg: Der HGP 4 wurde in diesem Frühjahr nach 2 ½ Jahren per eigenmächtigem Rektoratsbeschluss durchgesetzt. So wurde gegen den Willen der Vollversammlungen und damit die Mehrheit der Universitätsmitglieder entschieden, selbst der AS blieb außen vor – ein schlechtes Zeichen für das Demokratieverständnis des Rektorats.

>> RADIKALE OPPOSITION

Es muss andere Wege geben, Wege, um in dieser scheinbaren Demokratie der Uni doch noch die Interessen von 20.000 Studierenden gegen 250 Profs und ein Rektorat durchzusetzen. Aber stellt man sich quer, wie gegen den Kürzungsplan geschehen, wird das oft als destruktiv gebrandmarkt. Aber ist es denn wirklich destruktiv, etwas, was man selbst und dazu noch die Mehrheit nicht will, nicht mitzumachen? Ganz im Gegenteil, darin steckt ein riesiges Potenzial. Die Umsetzung des HGP 4 wurde durch entschlossenen Protest von Studierenden lange Zeit verhindert und führte am Ende dazu, dass die Hochschulen wenigstens eine symbolische Entschädigung (15 Mio. €) erhielten. Aber auch im Kleinen hilft es, sich gegen die Entscheidungshierarchien der Uni zusammen zu schließen.

Welche Macht hat denn noch ein Prof, wenn sich seine Studierenden zusammen tun und gemeinsam handeln? Welchen Mut eine Fachbereichskommission, wenn ihnen ein ganzer Studiengang auf der Nase rumtanzt? Der erste Schritt muss immer sein mit den Anderen zu reden. Wenn man aber erkannt hat, dass sie nicht mit sich reden lassen, dann muss man klipp und klar sagen: Nicht mit uns!

LiSA ist weiterhin gegen alle Kürzungen und Studiengangsschließungen. Deshalb ist für uns der Protest nicht vorbei. Wir wollen weiterhin Möglichkeiten schaffen, aktiv gegen die Hochschulpolitik des Landes und voreilige Zustimmungen an der Uni vorzugehen. Wir wollen den Druck auf die Entscheidungsträger aufrecht erhalten und möglichst vielen Studierenden Anknüpfungspunkte geben, sich daran zu beteiligen. LiSA gibt keinen Studiengang freiwillig her, denn Kürzungen werden nicht diskutiert, sondern bekämpft.

STUDIERBARKEIT <<

Die Kürzungen im Bildungshaushalt des Landes Bremen und die Umstellung auf Bachelor und Master haben die Situation der Lehre grundlegend verändert. Die Konsequenzen sind überfüllte Veranstaltungen, andauernder Prüfungsstress, die Verschulung des Studiums und der Verlust inhaltlicher Qualität und Quantität. Überfüllte Veranstaltungen wirken sich besonders auf Seminare aus, die ab einer gewissen Größe zu Vorlesungen werden, in denen eine inhaltliche Diskussion nicht mehr möglich ist. Ein Ausweichen auf andere Veranstaltung ist kaum möglich, da ein hoher Pflichtteil einem geringen Angebot gegenüber steht. Statt sich wirklich mit einem Thema zu beschäftigen und etwas zu lernen, geht es nur noch darum, für eine Klausur totes Wissen anzuhäufen, es anschließend zu vergessen, um dann Kapazitäten für die nächste Klausur frei zu haben.

Der erweiterte Pflichtanteil führt zu einer Verschulung des Studiums, weniger Auswahl und mehr Prüfungsleistungen. Daher ist eine inhaltliche Schwerpunktsetzung nicht möglich. Der rigorose Studienplan erlaubt kein Abweichen vom "optimalen" Studienverlauf, wie eine nicht bestandene Prüfung oder der nicht erkämpfte Platz in einer Veranstaltung. Jede Abweichung führt zu mehr Arbeit oder gar zu einer Überschreitung der Regelstudienzeit. Die Angst vor dieser führt zu Stress und Überforderung. Das betrifft insbesondere Studierende, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen oder Kinder haben.

Eine konkrete Verschlechterung der Studiensituation wurde auch durch die Einführung von Flexnow bzw. PABO verzeichnet. Beispielweise führen verspätete Eintragungen von Creditpoints zu großen Problemen bei Bafög-Berechtigten, die auf die Einhaltung von Fristen angewiesen sind. Es darf nicht sein, dass existentielle Dinge von der Funktionsfähigkeit eines Computersystems abhängig sind und der bürokratische Aufwand sowie die damit verbundene Mehrbelastung auf dem Rücken der ebenfalls überlasteten Studierenden ausgeglichen werden.

LiSA will nicht, dass die Uni unser Leben in einem immer größeren Umfang bestimmt. LiSA will Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben und Lernen schaffen und erhalten.

>> BACHELOR UND MASTER

Dass sich die Situation an den Universitäten grundlegend verändert hat, liegt nicht nur an den Kürzungen im Bildungsbereich, sondern vor allem auch an der Umstellung auf Bachelor und Master. Ziel der Bologna-Reform war unter anderem, die Abbrecherquote zu verringern, die europaweite Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Leistungen herbeizuführen und einen besser an den Arbeitsmarkt angepassten Abschluss zu erreichen. Die Realität sieht anders aus: ein verschultes und überladenes Studium, das an Qualität eingebüßt hat. Von Vergleichbarkeit kann keine Rede sein. Die Anerkennung von Credit-Points ist nicht nur europaweit ein Problem, auch innerhalb der Bundesrepublik und sogar innerhalb eines Fachbereiches bereitet sie Schwierigkeiten.

Aufgrund der verschärften Studienbedingungen mit den daraus folgenden Konsequenzen für das private Leben hat sich die Abbrecherquote erhöht, anstatt zu sinken. Auch der Übergang zu den Master-Studiengängen gestaltet sich problematisch. Einerseits ist gar nicht sicher, ob außer dem Angebot an der eigenen Uni überhaupt ein passender Master-Studiengang existiert. Andererseits ist, selbst wenn es ihn gibt, nicht sicher, ob man zu diesem weiteren Studium zugelassen wird. So wird angestrebt, dass nur 30% bis 50% der BA-Absolventen einen MA-Studienplatz bekommen sollen. Die restlichen Bachelor-Absolventen, die dann offiziell ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss in der Tasche haben, können sehen wo sie bleiben. Davon, eine Beschäftigung zu finden, können sie wohl nur träumen. Denn mit dem zuvor absolvierten Schmalspurstudium haben Sie derzeit auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen.

Es ist unrealistisch anzunehmen, diese Reformen rückgängig machen zu können. Wir setzen uns deshalb dafür ein, neue Freiräume für ein selbstbestimmtes Studium und die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit dem existierenden Bildungssystem zu schaffen. Es geht uns darum, Räume jenseits vorgegebener Studienpläne zu erschließen, z.B. durch die Organisation eigener Seminare oder den Widerstand gegen Anwesenheitslisten. Außerdem wollen wir die Debatte über BA/MA durch kritische Stellungnahmen beeinflussen und so eine wirkliche Verbesserung der Studiensituation erzielen.

STUGEN <<

Die Stugen sind der erste Ansprechpartner für Studierende und Lehrende eines Studiengangs oder Fachbereichs. Sie kennen die speziellen Probleme in ihrem Studiengang und die Bedürfnisse ihrer Studierenden. Wegen dieser Nähe zu den eigenen KommilitonInnen bilden sie das Rückgrat für das Ringen um studentische Interessen und eine erfolgreiche Arbeit aller Studierenden. Viele von uns sind oder waren in Stugen aktiv und schätzen daher ihre Möglichkeiten.

Wenn es uns gelingt, Probleme (wie z.B. Schwierigkeiten mit PABO, verschärfte Aufnahmeverfahren, allgemeine Studiengebühren, etc.) im eigenen Studiengang und fächerübergreifend zu diskutieren und gemeinsam zu handeln, gewinnen wir alle dabei! Deshalb treten wir regelmäßig in Kontakt mit den Stugen, etwa über Mit- oder Zusammenarbeit im StugA oder über die Stugenkonferenz.

Wir begreifen die Stugen als Basis für studentische Arbeit und wollen sie in ihrer Aktivität stärken. Der AStA selbst ist oft leider zu weit weg vom studentischen Alltag und kann sich in Probleme der Stugen nicht immer direkt einschalten. Möglich ist jedoch eine Menge indirekte Hilfe, beispielsweise durch logistische Unterstützung, durch genügend frei verfügbares Arbeitsmaterial, Unterstützung bei Projekten aller Art und der (rechtlichen) Hilfe bei Problemen, die für einen StugA alleine zu groß werden. Darüber hinaus muss es aber gerade darum gehen, dass wir uns alle zusammenraufen und – egal ob StugA, AStA oder sonst was – von unseren individuellen Möglichkeiten, Stärken und Erfahrungen profitieren. Nur so lässt sich wirklich kraftvoll für unsere grundlegenden Interessen eintreten.

LiSA will deshalb die Kommunikation zwischen und mit den Stugen weiter vorantreiben und mehr Zeit und Raum für einen kontinuierlichen Austausch und gemeinsame Aktivität schaffen. Ein solcher Ort muss wieder stärker die Stugenkonferenz werden. Wir wollen weg von Informations- und Organisationstreffen. Wenn wir uns schon alle die Zeit nehmen uns zusammen zu setzen, dann müssen wir das nutzen, um Meinungen auszutauschen und Pläne zu schmieden. Denn entweder kämpfen wir gemeinsam oder wir werden alle einzeln gekürzt. Gemeinsame Probleme lassen sich nur gemeinsam lösen.

>> VERNETZUNG

Probleme, von denen mensch gemeinsam betroffen ist, lassen sich am einfachsten gemeinsam lösen. Denn je mehr Menschen sich zusammen schließen, desto mehr Druck können sie gegenüber Entscheidungsträgern aufbauen und so Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen. Dieser Binsenweisheit folgend, ist es für uns ein zentrales Anliegen, immer möglichst viele, von einem spezifischen Problem Betroffene, zusammenzubringen, damit sie gemeinsam Lösungen suchen und dafür streiten können. Denn niemand kann das besser, als die Betroffenen selbst.

An unserer Uni versuchen wir deshalb Orte wie die Stugenkonferenz oder das Aktivenplenum aufrecht zu erhalten und mitzugestalten. Denn Lösungen im Sinne der Betroffenen sind nur dann denkbar, wenn sich diese zusammenfinden und über die Feststellung ihrer gemeinsamen Betroffenheit zu gemeinsamen Handeln kommen.

Viele unangenehme Dinge, die uns an der Uni und in unserem Leben zusetzen, sind aber so groß, daß sie sich nicht alleine von der Uni Bremen aus lösen lassen. Bestes Beispiel ist hier die bundesweit betriebene Bildungspolitik, Studiengebühren, BA/MA, etc. Wir arbeiten deshalb mit anderen ASten, hochschulpolitischen Gruppen und auch gesellschaftlichen Institutionen zusammen. Denn die großen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, wie die Einbindung der Bildung in kapitalistische Verwertungsprinzipien, lassen sich nur über Zusammenschlüsse bekämpfen, die in der Lage sind eine gesellschaftliche Relevanz zu erlangen.

POLITISCHES MANDAT <<

Dem AStA ist es verboten, sich politisch zu Dingen zu äußern, die "nichts" mit "Hochschulpolitik" zu tun haben. Im vergangenen Jahr etwa mahnte uns die Unileitung an, daß wir lieber nicht gegen die Beschlagnahmung von Seminar- teilnehmerInnenlisten durch das Bundeskriminalamt protestieren sollten. Da die Beschlagnahmung im Rahmen von "Terrorismus"-Vorwürfen vorgenommen wurden, hätte ein Protest ihrer Meinung nach allgemeinpolitischen und damit für den AStA verbotenen Charakter. Wir sahen es genau anders herum. Studierende als "Terroristen" zu verunglimpfen, nur weil sie ein bestimmtes Seminar besuchen, schreit geradezu nach stürmischer studentischer Meinungsäußerung.

Über viele Gerichtsverfahren und Gesetzestexte wurden die ASten auf ein so genanntes "hochschulpolitisches Mandat" beschränkt. Dies geht davon aus, dass alles, was jenseits des Uni-Campus geschieht, nicht mehr die Interessen der Studierenden berührt. Äußerungen des AStA zu solchen Dingen werden deshalb als Missbrauch seines Mandates dargestellt. Diese Trennung zwischen "Hochschulpolitik" und "Allgemeinpolitik" ist absurd. Zum einen hört kein/e StudentIn jenseits des Campus auf zu existieren. Studierende sind, wie alle anderen Menschen auch, davon betroffen, was in dieser Gesellschaft passiert und müssen mit den Folgen leben. Zum anderen sind hochschulpolitische Positionen, wie alle Positionen zu einzelnen politischen Themenfeldern, immer aus einem allgemeinen Verständnis darüber abgeleitet, wie eine Gesellschaft funktioniert und funktionieren soll. Das Verbot sich "allgemeinpolitisch" zu äußern, verstehen wir deshalb vor allem als den Versuch, kritische Äußerung einer gesellschaftlich relevanten Gruppe (den Studierenden) zu verhindern.

LiSA lässt sich aber nicht den Mund verbieten. Wenn wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung nicht bekommen, dann nehmen wir es uns. Im AStA heißt das, dass LiSA sich für die Aufhebung des "hochschulpolitischen Mandats" stark macht. LiSA lässt sich darin nicht einschüchtern. Wir wollen unsere Meinung sagen und unseren Interessen als Menschen überall dort Gehör verschaffen, wo sie ansonsten missachtet werden. Den rechtlich beschränkten Rahmen, den der AStA dafür bietet, wollen wir soweit nutzen, wie es möglich ist.

>> ÜBERWACHUNG

Entsprechend der gesellschaftlichen "Großwetterlage" werden wir auch an der Uni immer stärker überwacht. Dabei geht es einerseits darum, Fehlverhalten aufzudecken und sanktionieren zu können und andererseits darum, Fehlverhalten durch die Androhung von Sanktionen zu verhindern. Kurz: Es geht um Kontrolle.

Das beginnt für uns schon bei Anwesenheitslisten. Die sollen, wie zu unseren besten Schulzeiten, Widerspenstige und Lernfaule oder einfach Kranke ... vom "Schwänzen" abhalten. Da Unterschriften gefälscht werden können, lassen sich einige Lehrende bereits zu Beginn des Semesters Schriftproben geben. In einem Fall hat ein Lehrender seine SeminarteilnehmerInnen sogar fotografiert, um sie jede Woche wieder zu erkennen. Ebenfalls in Listen eintragen muß man sich zum Beispiel, wenn man nach 18h das MZH betreten will. Gleichzeitig wird man dabei aber auch noch, wie im SFG, von Videokameras überwacht. Auch "zur eigenen Sicherheit", wie der Rektor über die angebrachten Schilder informieren läßt. Aber wovor sollen wir uns denn bitte an der Uni bedroht fühlen? Oder sollen wir mit diesen Maßnahmen vor uns selbst geschützt werden? Vor der Annahme, daß in jedem von uns ein potenzieller Schwänzer, Dieb oder sonstiger Straftäter steckt?

Genau das meinen wir, ist es, was diese Überwachungsmaßnahmen ausmacht und geradezu nach Kritik schreit. Sie kehren die Unschuldsvermutung um und verdächtigen erst mal präventiv jeden. Hierin liegt die generelle Unterscheidung zwischen einem wie auch immer gearteten Rechtsstaat und einem autoritären Überwachungs- und Polizeistaat. Man ist nicht unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils, sondern potentiell schuldig bis zum Beweis der Unschuld.

Zu diesem Zweck werden überall riesige Datenmengen angesammelt - an der Uni eben häufig Videobänder und Namenslisten. Aber es gibt hier auch riesige Datensammlungen, deren originärer Zweck erst einmal ein anderer sein soll. Stud.IP zum Beispiel, oder die Mensacard. Man bekommt sie nur mit vorheriger Ausweißkontrolle und ihr scheinbarer Vorteil liegt darin, schneller bezahlen zu können, weil im gleichen Atemzuge die Bargeldkassen immer weiter reduziert werden.

Getreu dem Motto "Wir wissen, was du letzten Sommer gegessen hast", werden alle Transaktionen mit einer eindeutigen Identifikation über lange Zeit gespeichert. Und die Ausbreitung der Mensacard schreitet Schritt für Schritt voran. Ohne sie läßt es sich in den Wohnheimen weder waschen, noch kann man die Schranke zum Wohnheimparkplatz öffnen. Auch zum Kopieren oder Drucken in der Bibliothek ist sie mittlerweile von Nöten. Wenn jemand möchte, läßt sich über die Mensacard also immer besser nachvollziehen, was eine bestimmte Person oder ein bestimmter Personenkreis wann, wo und wie an der Uni gemacht hat. Wer "na und" sagt, soll an die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 denken, als auf einmal alle muslimischen Studierenden in Deutschland pauschal unter Terrorismusverdacht standen und ihr Leben überprüft wurde.

Noch aktueller ist das Beispiel des Lehrbeauftragten Fritz Storim. Im vergangenen Jahr wurde er im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm öffentlich zum Terroristen abgestempelt. Da das Bundeskriminalamt ihn für zu alt befand, um noch selbst terroristische Anschläge zu verüben, beschlagnahmten sie unter anderem Storims SeminarteilnehmerInnenlisten und gaben sie erst nach Monaten wieder zurück. Hunderte Studierende gerieten so ebenfalls unter Terrorismusverdacht. Die Unileitung, die solche Daten eigentlich, wie oben dargestellt, zu anderen Zwecken erhebt oder erhoben haben möchte, tat nichts, um die Studierenden zu schützen.

Wir sehen deshalb jede massenhafte Ansammlung von personenbezogenen Daten kritisch und wollen sie verhindern. Denn erstmal irgendwo und mit welchem Grund auch immer gespeichert, entzieht sich die Verwendung von Informationen über uns unserer eigenen Kontrolle.

>> SOZIALE LAGE

In Deutschland gilt nach dem Armutsbericht (2005) der Bundesregierung als arm, wer monatlich weniger als 781 € zur Verfügung hat. Der BAfÖG-Höchstsatz beträgt ab WS 08/09 maximal 643 € pro Monat, wobei nur ein sehr kleiner Anteil der Studierenden diese Summe bekommt. Gerade diejenigen Studierenden, die nicht von reichen Eltern oder einer gönnerhaften Stiftung finanziert werden, befinden sich in einer sozial prekären Lage. Dabei reicht das BAfÖG, sofern überhaupt ein Anspruch besteht - auch nach der diesjährigen Erhöhung immer weniger zu einer ausreichenden Lebensfinanzierung aus. Gleichzeitig steigen jedoch die Anforderungen an Studierende immer weiter an. Im Studium ist es kaum noch möglich, entsprechend der eigenen Möglichkeiten oder Wünsche einen individuellen Weg zu gehen. Wer den vorgegebenen Rahmen von Pflichtveranstaltungen, Regelstudienzeit und Prüfungsterminen nicht einhalten kann, weil er/sie seinen Lebensunterhalt und vielleicht sogar noch den von Kindern verdienen muß, der/die fällt immer schneller durchs Raster.

Zusätzlich wird das Leben immer teurer. Mieten, Mehrwertsteuer, Studiengebühren, Semesterbeiträge, Praxisgebühr, studentische Krankenversicherung etc. machen es für zwei Drittel der Studierenden notwendig, mindestens zwei volle Tage pro Woche neben ihrem Studium zu arbeiten. Den ganzen bürokratischen Wust, der bei der Bewältigung all dieser genannten Dinge entsteht, verschlingt obendrein noch die letzten Nerven und nicht selten die letzte verbliebene freie Zeit. Das alles wirkt höchst selektiv, bringt viele Studis dazu ihr Studium nicht zu Ende zu bringen oder viel schlimmer, schreckt viele Menschen davon ab, überhaupt zu studieren.

Für LiSA gibt es zwei Ansätze, die aus der Realität heraus diese Situation verändern können. Studierende brauchen mehr finanzielle und zeitliche Freiräume, zum Beispiel durch einen ausreichenden BAfÖG-Anspruch für alle und die Entschulung des BA/MA-Studiums. Da dies aber leichter gesagt als politisch umgesetzt ist, muß vor allen Dingen auch ein sinnvoller Umgang mit der nicht gerade rosigen sozialen Lage her.

Hierbei spielt der AStA eine wichtige Rolle. Er bietet allen Studierenden eine ganze Reihe sozialer Leistungen an. Zum Beispiel das Semesterticket, einen günstigen Autoverleih und nicht zuletzt die kostenlose, mit Fachkräften besetzte BAfÖG-, Sozial, und Rechtsberatung. Diese Angebote sind jedes Jahr aufs neue politisch umkämpft, da sie vom AStA natürlich nicht kostendeckend betrieben werden können, sondern über den Semesterbeitrag aller Studierenden mitfinanziert werden. Dieser Solidaritätsgedanke ist für uns aber ein ganz zentraler. Denn er treibt uns als Studierende nicht weiter in die Abhängigkeit anderer, sondern folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Genauso funktionieren auch andere vom AStA getragene soziale Projekte wie die Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt oder das Kinderland.

Es ist uns wichtig, dass der AStA Leistungen anbietet oder soziale Projekte unterstützt, die es in dieser Form sonst nicht gibt. Immer wieder machen wir dabei die Erfahrung, daß den Studierenden nicht nur geholfen werden konnte, sondern ihnen ihre Rechte und Ansprüche überhaupt erst bewusst wurden.

LiSA will keine Uni, an der sich alle nur auf ihre eigenen Interessen schauend irgendwie durchs Studium quälen, sondern eine Studierendenschaft, die darum bemüht ist, sich gegenseitig zu unterstützen. Mit den Mitteln des AStA wollen wir wie in der Vergangenheit alles tun, was dazu beitragen kann.

>> SERVICE IM ASTA

In den letzten Jahren mussten wir die Service-Leistungen des AstA immer wieder gegen parteinahe Listen im Studierendenrat verteidigen, welche diese nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten und deshalb ihre Abschaffung fordern. Für uns ist der AstA aber kein Wirtschaftsunternehmen, in dem ausschließlich Dinge wie Profit bzw. Kostendeckung zählen. Der AstA ist ein Organ der studentischen Selbstverwaltung, welches für uns in erster Linie den Bedürfnissen der Studierenden verpflichtet ist. Wir wollen weiterhin das Konzept der „offenen Etage“ verteidigen und Studierende im Sinne des „Hilfe zur Selbsthilfe-Prinzips“ dort unterstützen, wo es nötig und möglich ist.

KINDERLAND<<

Menschen mit Kindern stehen an der Uni Bremen vor einem großen Problem: Einerseits gibt es fast nur noch Pflichtveranstaltungen nach vorgeschriebenen Stundenplänen, andererseits ist das Betreuungsangebot für Kinder unzureichend und teuer. Die BA/MA-Strukturen erschweren die Situation noch durch Praktikazwang und enorme Prüfungsbelastung.

Für uns darf aber niemand nur deshalb Nachteile im Studium haben, weil er/sie Kinder hat oder betreut. Beides muss möglich sein! Das Kinderland als ein selbstorganisiertes und solidarisch getragenes Betreuungskonzept ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir uns die Uni vorstellen: Die Erziehenden betreuen mit Unterstützung von ausgebildeten Hilfskräften gegenseitig ihre Kinder und ermöglichen so eine qualitative und umfassende Alternative zu teuren Kindergartenplätzen.

Als AstA haben wir deshalb das Kinderland als Projekt weiter unterstützt, indem ausgebildete Betreuungskräfte finanziert wurden. Durch Verhandlungen mit Universität und Studentenwerk konnten wir in diesem Jahr drei mal mehr Mittel als im Vorjahr für die Kinderbetreuung erstreiten, natürlich ohne dabei auf Gelder aus Studiengebühren zurück zu greifen. In diesem Sinne werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, allen Menschen ein Studium zu ermöglichen und die vielfältigen Schranken dafür abzubauen.

>>SEMESTERTICKET

Wir sehen drei Gründe, die für ein Semesterticket sprechen : Erstens fördert es die umweltfreundlicheren Öffentlichen Verkehrsmittel, zweitens stellt das Semesterticket für die Studierenden eine riesige Ersparnis dar, weil es 6 Monate gültig ist, aber nur etwa so viel kostet wie eine normale Monatskarte und im Gegensatz zur Monatskarte auch in einigen Zügen gültig ist. Dadurch wird trotz der häufig schwierigen finanziellen Situation vieler Studierender, die für sie wichtige Mobilität sichergestellt. Drittens befürworten wir das Solidarprinzip, d. h. alle zahlen einen pauschalen Beitrag, unabhängig von der individuellen Nutzung. Erst hierdurch wird allen Studierenden eine weitreichende Mobilität ermöglicht, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund.

Als die BSAG letztes Jahr Nachtzuschläge einführte, wurde eben dieses Solidarprinzip ad absurdum geführt. Nach langwierigen Verhandlungen haben wir – gemeinsam mit den anderen Hochschulen – die Nachtzuschläge wieder abgeschafft. Wir haben im AStA aber nicht nur für die Abschaffung der Nachtzuschläge gekämpft, sondern auch dafür, dass die Preiserhöhungen möglichst niedrig ausfallen und das Angebot kontinuierlich ausgeweitet wird. Nachtzuschläge und derartige Verschlechterungen, sowie jede Bemühung das Solidarmodell abzuschaffen werden wir auch in Zukunft verhindern. Gleichzeitig bemühen wir uns darum, das Angebot zu verbessern und hoffen, auch in Zukunft weitere Leistungen integrieren zu können.

>>BAFÖG- , SOZIAL- UND RECHTSBERATUNG

Die Bafög- und Sozialberatung des AStA verzeichnet in den letzten Jahren einen stark ansteigenden Bedarf unter den Studierenden. An den stetig wachsenden Beratungswünschen zeigt sich für uns, dass die heutigen Studierenden einem starken strukturellen (Leistungs-) Druck ausgesetzt sind, der sich sowohl psychisch als auch finanziell äußert. Da besonders StudienanfängerInnen das Angebot nutzen, sehen wir hier ein weiteres Negativmerkmal der BA/MA-Strukturen. Auf Grund des großen Bedarfs, haben wir den Etat kontinuierlich, im Rahmen unserer Möglichkeiten, angehoben.

Da immer mehr Studierende z.B. aufgrund von Langzeitstudiengebühren Probleme juristischer Art bekommen, haben wir zudem eine studentische Rechtsbetreuung eingerichtet. Dafür konnte ein qualifizierter Rechtsanwalt für den AStA gewonnen werden. Hier ist nicht nur Raum für eine Beratung in studentischen Belangen wie Studienplatzklagen, sondern auch für alltägliche Dinge wie Mietrecht oder sonstige juristische Schwierigkeiten. Selbstverständlich ist das komplette Angebot der Bafög- und Sozialberatung sowie der Rechtsberatung kostenlos und wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das so bleibt. Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin eine Übernahme der Prozesskosten von Musterklagen durch den AStA gewährleisten, wenn in den entsprechenden Fällen grundlegende Interessen der Studierenden betroffen sind, wie dies z.B. bei den Klagen gegen das LandeskindermodeLL der Fall war.

DARÜBER HINAUS<<

Über die Bafög- und Sozialberatung, das Kinderland und andere Dinge hinaus will LiSA generell ein reichhaltiges Service-Angebot im AStA erhalten und weiter ausbauen. Dazu gehören das KFZ-Referat, die Fahrradwerkstatt, die AStA-Druckerei, der Computerraum und vieles mehr.

Die Druckerei bietet dem AStA und allen Studierenden die Möglichkeit, Plakate, Flyer, Broschüren etc. in großer Auflage zu günstigen Konditionen zu drucken. In der Fahrradwerkstatt wird allen Studierenden ermöglicht, ihre Zweiräder unter fachlicher Anleitung selbst zu reparieren und die gängigen Ersatzteile zum Selbstkostenpreis zu erwerben, anstatt auf teure Fahrradläden angewiesen zu sein. Das KFZ-Referat ermöglicht es Studierenden, kostengünstig Autos und Transporter für Umzüge, Gruppenausflüge und andere Unternehmungen zu mieten. Dies halten wir für besonders wichtig, da Studierende oft Schwierigkeiten haben, bei normalen Autovermietungen ein Auto zu leihen. Sei es aufgrund horrender Kauttionen oder aufgrund der Tatsache, dass Menschen in der Probezeit bzw. unter 21 Jahren generell kein Fahrzeug bekommen.

STUDENTENWERK <<

Das Studentenwerk ist für die sozialen Belange der Studierenden (Essen, Wohnen, Studienfinanzierung, Kultur, psychologische Beratung) zuständig. Es hat für seine Arbeit zwei Geldgeber: Das Land Bremen und uns Studierende. Durch den Sozialbeitrag bezuschussen wir uns so zum Beispiel das günstige Mensaessen selbst.

Aufgrund der vom Land Bremen eingeführten Langzeitstudiengebühren haben sich viele Studierende exmatrikuliert oder beurlauben lassen und zahlen ihren Beitrag nicht mehr. Hierdurch ist beim Studentenwerk ein Haushaltsdefizit entstanden. Dieses führte im letztem Wintersemester zu einer Beitragserhöhung für Studierende um 25% auf 50€ pro Semester, sowie zur Anhebung der Preise in der Mensa. Das Defizit wurde durch die verfehlte Gebührenpolitik des Landes hervorgerufen. Die Leidtragenden sind jedoch die Studierenden, die dadurch zusätzlich finanziell belastet werden. Beim Studentenwerk geht uns es aber nicht darum, wie viel wir zahlen, sondern auch darum, was mit dem Geld gemacht wird.

Durch konsequentes Engagement im Studentenwerk ist es LiSA immerhin gelungen, die Erhöhungen an Bedingungen zu knüpfen: So konnten wir eine Verteuerung des „Essen 2“ verhindern und beim „Essen 1“ begrenzen. Zudem konnten wir bewirken, dass die psychologisch-therapeutische Beratungsstelle entgegen vorheriger Planung in ihrem derzeitigen Umfang erhalten bleibt und das Studentenwerk auch in Zukunft zugunsten von festen Arbeitsverträgen auf Zeitarbeit verzichtet.

LiSA fordert, dass das Land Bremen die Finanzierung des Studentenwerks massiv ausbaut! Nur so kann die Gebührenerhöhung für das Studentenwerk rückgängig gemacht bzw. weitere Erhöhungen verhindert werden. Nur so wird eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet. Außerdem sind wir der Meinung, daß im Studentenwerk dringend eine bessere Beratung angeboten werden muß. Zurzeit wird massiver Druck auf die Studierenden aufgebaut, ihr Studium durch Kredite zu finanzieren. Um Verschuldung von Studierenden zu vermeiden, wird eine von Banken unabhängige Finanzberatung im BAföG-Amt benötigt. Diese

darf nicht an Profitinteressen durch Kreditabschlüsse orientiert sein, sondern muss Ansprüche auf BAföG prüfen und nur in Notfällen kritisch und individuell zur beraten.

Auch die Kulturarbeit im Studentenwerk muss verändert werden. Während die Mensa-Parties immer weniger von den Fetten privater Veranstalter zu unterscheiden sind, werden die Möglichkeiten für alternative studentische Kulturprojekte stets kleiner. LiSA fordert, dass das Studentenwerk überflüssige Großevents endlich aufgibt und sich konsequent für kleine unkommerzielle Initiativen einsetzt.

WOHNHEIME <<

An dem Wohnheim Spittaler Straße kann man sehen, wie an den Interessen von Studierenden vorbei gebaut und geplant wird. Zu kleine Gemeinschaftsräume, fehlende Sportanlagen und zu wenig Fahrradständer sind das Ergebnis, wenn man nicht mit Studierenden über ihre Bedürfnisse spricht. Es kann nicht sein, dass das Zimmer im Wohnheim genauso groß ist wie der Autostellplatz in der dazugehörigen Tiefgarage, dafür aber keine Möglichkeit besteht, sein Fahrrad sicher abzustellen.

In den bestehenden Wohnheimen werden die Interessen der BewohnerInnen ebenfalls mehr schlecht als recht berücksichtigt. In nicht näher begründeten Einzelfällen wird WG's sogar das Recht entzogen, sich neue MitbewohnerInnen selbst auszusuchen. Im Finndorfer Wohnheim wird trotz mehrfachem Engagement der BewohnerInnen der schon existierende Kneipen- und Gemeinschaftsraum nicht zur Verfügung gestellt. Damit wird den BewohnerInnen ein Raum genommen, sich gemeinsam zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten.

LiSA will, dass bereits geplante und zukünftige Wohnheime unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden gebaut und bestehende Wohnheime umgestaltet werden, damit diese möglichst selbstbestimmt wohnen können. Das heißt wir wollen Wohnheime von Studierenden für Studierende.

>> MENSA UND CAFETE

Die Mensa an unserer Uni ist für rund 4.000 ausgegebene Essen pro Tag konzipiert, tatsächlich gehen dort aber rund 10.000 Essen täglich über die Theke. Das das alles andere als optimal ist, wissen alle. Da aber für einen Ausbau oder vielmehr eine eigentlich dringend notwendige zweite Mensa das Geld fehlt, wird seit dem Wintersemester 07/08 die GW2-Cafeteria umgebaut. Diese soll nach Fertigstellung mit rund 1.000 warmen Mittagessen die Funktion einer zweiten Mensa erfüllen und darüber auch zusätzliches Geld in die Kassen des Studentenwerks spülen. Bis jetzt durften jedoch Studierende und das Personal des Studentenwerks ihre Interessen nicht in die Planungen zur neuen Cafété einbringen. Die Pläne gleichen eher einem Luxuscafé für Profs und vermögende Studierende, die sich nicht durch die volle Mensa drängeln wollen und sieht kaum noch offenen Raum für Arbeitsgruppen vor.

Wir wollen eine Cafété für alle Studis, die weiterhin ausreichend Platz und Arbeitsraum bietet und wo nicht der Geldbeutel entscheidet, wer wo sitzen darf. LiSA fordert daher die Errichtung einer richtigen zweiten Mensa auf dem Campus, sowie die Berücksichtigung studentischer Interessen bei Cafeteria-Umbauten und der Mensa-Planung. Hierzu gehören auch längere Öffnungszeiten über die Mittagszeit hinaus.

>> KULTUR

Kultur im ursprünglichen Sinne bedeutet Pflege des Körpers, vor allem aber des Geistes. Letzten Endes sollte also alles, was wir uns hier an der Universität zu Gemüte führen, Kultur sein?! Die Realität sieht da wohl eher anders aus: Auf der Mensa-Party spielt 'ne Freimarktband, an den so genannten Kulturboards hängt Handywerbung und von einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Kulturverständnis ist weit und breit überhaupt nichts zu sehen. Mal ganz abgesehen davon, dass die Verschulung der Studiengänge durch BA/MA immer weniger Zeit zu eigenständigem Engagement zulassen.

LiSA will aber keine dumpfe Bespaßung und Kommerz, sondern Freiräume für kulturelles Engagement schaffen. So bot LiSA in den vergangenen vier Jahren nicht nur ein Alternativprogramm mit Theater, Filmen, Vorträgen, Lesungen und Konzerten an der Uni und in der Stadt an, sondern unterstützt auch bereits vorhandene kulturelle Studiprojekte wie Theatergruppen, Filmvorführungen, Kulturmagazine, Festivals, Sommerfeste, selbstorganisierte Seminare etc. Dabei ist es uns wichtig, neben Schönegeistigem besonders aktuelle politische Themen aufzugreifen und junge KünstlerInnen und kritische Kulturschaffende zu unterstützen.

Dass dies nicht immer leicht ist, haben wir einer Universitätsleitung zu verdanken, die studentisches Engagement nur soweit zulässt, wie es in ihre Vorstellung passt. So wurden z.B. alle Flächen der Uni an die Deutsche Hochschulwerbung abgegeben, die diese nun an Mobiltelefonanbieter, Tabakfirmen oder Geldinstitute verscherbelt. Mit der Folge, dass so genannte „Wildplakatierung“ von extra dafür eingestellten studentischen Hilfskräften regelmäßig abgerissen wird. Studierende werden dafür bezahlt, studentisches Engagement zu verhindern! In der Mensa darf nur noch werben, wer dafür bezahlt. Welche studentische Gruppe will bzw. kann sich das leisten?

Ein weiterer Stein, der uns in den Weg gelegt wird, ist der nicht gegebene Raum für studentisches Engagement - und das in dreifacher Hinsicht. So wird der zeitliche und inhaltliche Freiraum innerhalb des Studiums immer weiter

beschränkt. Neben dem Studium ist kaum noch Zeit für die Auseinandersetzung und Gestaltung von und mit kulturellen Projekten gegeben. Innerhalb des Studiums wird da, wo es sich anbietet, solches Engagement durch rigorose und bürokratische Prüfungsordnungen eingeschränkt, wenn nicht gar total verhindert.

Auch die nicht-gegebenen Räumlichkeiten sind ein Problem. Der Theatersaal, von dessen Existenz schon einmal die wenigsten wissen, ist für studentische Gruppen so gut wie nicht zugänglich. Und jede/r, der sich doch einmal einen freien Termin ergattern kann, wird spätestens an der nicht vorhandenen bzw. defekten Technik oder einer plötzlichen Doppelbelegung verzweifeln. Möchte man für Arbeitsgruppen, Fachschaftstagungen oder selbstorganisierte Treffen anderweitig Räume nutzen, geht dies nur mit einem oft riesigen bürokratischen Aufwand, einem Berg von Auflagen und hohen Kosten. Studierende müssen, sofern ihnen überhaupt ein Raum zugeteilt wird, teilweise Miete für deren Nutzung bezahlen. Für den Fall, dass eine Veranstaltung bis in die Nacht dauert beziehungsweise am Wochenende stattfindet, stellt die Universität dann gern auch mal die Kosten für einen privaten Wachmann in Rechnung.

LiSA will dies nicht hinnehmen und (kulturelles) studentisches Engagement an der Uni und in der Stadt Allen ermöglichen und wo vorhanden unterstützen! Auch im nächsten Jahr möchte LiSA (Kultur-)Alternativen bieten und ein Stück der Uni für Studis wieder zurückgewinnen!

>> NICHT VERGESSEN

SR-Wahl vom 16. bis 20. Juni 2008
Wahlausweis nicht vergessen
LiSA wählen (Liste 5)



LiSA >> Liste der StudiengangsAktiven >> www.lisa-bremen.de